

## DOKUMENT 29

### Die Aufgaben der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands erkennt es als ihre nationale Pflicht, in diesem großen und entscheidenden Kampfe der friedliebenden Menschheit um die Sicherung des Friedens und um den Kampf des deutschen Volkes um seine nationalen Lebensrechte fest und unverrückbar auf der Seite aller patriotischen und friedliebenden Kräfte zu stehen. Sie hat ihre ganze Kraft in den Dienst des Friedens und der nationalen Einheit eingesetzt und die tatkräftige Mithilfe am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, in der Stärkung der Staatsmacht, in der Festigung der volksdemokratischen Grundlagen unseres Gemeinwesens, in der Erfüllung und Überbietung des Fünfjahrplans und der Staatshaushaltspläne als nationale Aufgaben erkannt; denn die Deutsche Demokratische Republik ist die Basis im Kampf um das einheitliche, unabhängige und demokratische Deutschland.

Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands bekennt sich ferner zur Freundschaft mit der Sowjetunion als einer entscheidenden Voraussetzung für den Erfolg des Ringens unseres ganzen deutschen Volkes um eine bessere Zukunft, denn es sind die Völker der Sowjetunion und ihre Regierung, die sich unermüdlich nicht nur für die Erhaltung des Friedens, sondern auch für die Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes eingesetzt und ihre uneigennützigste Hilfe für den Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands in großzügiger Weise zur Verfügung gestellt haben. Der Leitartikel der „Prawda“ auf die Rede Eisenhowers, das Antwortschreiben Molotows an die Kommission des Völkerkongresses für den Frieden in Paris sind erneute Beweise des Friedenswillens der Sowjetunion. Die Pflege und Vertiefung dieser Freundschaft zur Sowjetunion sieht daher die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands als eine ihrer vornehmsten Aufgaben an.

Die Konferenz der Parteibeauftragten in Leipzig vom 25. bis 27. September 1952 hat in ihren Beschlüssen sich zur Erfüllung dieser nationalen Aufgaben ausdrücklich bekannt und in einer Arbeitsanweisung die praktische Durchführung niedergelegt. Diese erhielt eine weitere Verstärkung und Vertiefung durch die Kommuniqués vom 3. Februar 1953 und vom 24. Februar 1953, mit denen der Politische Ausschuß des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands die Mitglieder aufrief, ihre Mitarbeit in der Nationalen Front (patriotischem Wettbewerb), in den Friedensräten und in der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft zu aktivieren, und die Vorsitzenden der Parteinheiten verpflichtete, diese Aktivierung der Mitarbeit der Parteifreunde zu fördern und zu kontrollieren.

Ebenso entschlossen hat die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands auf der Leipziger Konferenz ihre Bereitschaft zur Mitarbeit bei der Schaffung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus erklärt, um „aus nationalem Verantwortungsbewußtsein und durch die Verpflichtung gegenüber unserer liberalen Überzeugung von der Notwendigkeit des Fortschritts der Menschheit der Verwirklichung des Sozialismus durch die Arbeiterklasse unsere tätige Mithilfe zu geben.“ Die Leipziger Konferenz bedeutet daher keinen Bruch mit der Vergangenheit, sondern einen Markstein in der Geschichte unserer Partei. Von ihr gehen neue Impulse aus, die auch den 5. Parteitag befruchten werden.

Die Erfüllung dieser großen, fortschrittlichen Aufgaben fordert eine fortschrittliche Einstellung aller

Parteimitglieder. Sie bedeutet Abkehr von allen unfruchtbaren Diskussionen und Hinwendung zur praktischen Mitarbeit an dem Aufbau unseres Staates unter stetiger Kritik und Selbstkritik. Unsere Aufgabe ist es insbesondere, den Mittelstand an diese Aufgaben heranzuführen, das Verständnis für die Lösung dieser Aufgaben bei ihm zu wecken, die Mitglieder zu politisch aufgeschlossenen Menschen zu formen und sie zu kollektivem Denken und Handeln zu erziehen.

Quelle: Dr. Hans Loch in LDPD-Informationen (Mitteilungsblatt der Parteileitung)  
Nr. 9/53 S. 155 ff.

*Neben den bestehenden bürgerlichen Parteien wurden durch die Machthaber zwei weitere Parteien gegründet. Dadurch sollten nicht nur die „Liberal-Demokratische Partei“ und die „Christlich-Demokratische Union“ noch mehr eingeengt werden, sondern vor allem die auch diesen Parteien ferngebliebenen Bevölkerungsteile unter Vortäuschung einer echten Interessenvertretung in die kommunistische Kontrolle einbezogen werden. Die neue „Nationaldemokratische Partei“ war dazu ausersehen, in erster Linie die ehemaligen Nationalsozialisten und die Handwerker zu erfassen. Die „Demokratische Bauernpartei“ war zur Aufnahme der bisher abseitsstehenden Bauern bestimmt.*

*Gegründet wurden diese Parteien von kommunistischen Funktionären, die — obwohl sie Mitglieder der SED waren — den Auftrag erhielten, Gründungsversammlungen in den früheren Ländern durchzuführen und die Kreis- und Ortsverbände der Parteien aufzubauen. Mit diesen Scheingründungen neuer Parteien sollte der freien Welt außerdem das Bestehen eines echten Mehrparteien-Systems vorgetäuscht werden.*

## DOKUMENT 30

Es erscheint Herr Paul Weidner, z. Z. wohnhaft in Westberlin und gibt folgendes zu Protokoll:

Ich bin in Spremberg im Jahre 1945 wieder der SPD beigetreten. Nach dem Zusammenschluß mit der KPD wurde ich automatisch in die SED überführt. Der SED gehörte ich bis zum Jahre 1948 an und habe bis dahin auch laufend meine Beiträge gezahlt.

Im Mai oder Juni 1948, den genauen Tag kann ich nicht mehr genau sagen, besuchte mich der damalige Polizeichef von Spremberg, Ernst Tschickert. Tsch. gehörte ebenfalls der SED an. Vor der Vereinigung war er Vorsitzender der SPD. Er hat auch an dem sogenannten Vereinigungsparteitag teilgenommen. Tsch. erklärte mir bei dem genannten Besuch, daß er für mich einen Sonderauftrag habe. Er verlangte von mir, daß ich in Spremberg den Kreisverband einer neuen Partei aufbauen sollte. Er erklärte dabei: „Es sollen eine neue Bauernpartei und eine neue angeblich bürgerliche Mittelstandspartei gegründet werden.“ Ich habe zunächst versucht, diesen Auftrag abzulehnen und mir dann, als mich Tschickert etwas bedrängte, 24 Stunden Bedenkzeit ausgeben. In dieser Zeit habe ich mit einigen Bekannten gesprochen, die mir zurieten, den Auftrag anzunehmen. Ich habe deshalb am nächsten Tage Herrn Tsch. von meinem Einverständnis unterrichtet.